

**An die deutsche Bundesregierung, den deutschen Bundestag
und die Leitung des Auswärtigen Amtes**

OFFENER BRIEF

Für einen gerechten Frieden in Israel, in Gaza und im Westjordanland

Wir treten ein für die Sicherheit und das Existenzrecht Israels basierend auf den Linien vom 4. Juni 1967 – verbunden mit geschützten Lebensbedingungen ohne Gewalteinwirkungen von außen.

Wir treten ebenso ein für das Recht der palästinensischen Bevölkerung auf ein Leben in Menschenwürde, politischer Selbstbestimmung und Schutz ihres sozialen und wirtschaftlichen Lebensraumes. Dies schließt das Recht auf einen eigenen lebensfähigen palästinensischen Staat in gesicherten Grenzen mit dem geteilten Jerusalem als Hauptstadt ein.

Das Massaker und die Geiselnahmen der Hamas am 7. Oktober 2023 bedeuten für die jüdische Bevölkerung in Israel eine seit dem Holocaust nicht mehr erfahrene Traumatisierung und Erschütterung ihres Bedürfnisses nach Sicherheit.

Israel hat das Recht, sich gegen die Angriffe der Hamas zu verteidigen. Dabei müssen die allgemeinen Menschenrechte und das internationale Völkerrecht unbedingt eingehalten werden.

Der aktuelle Krieg im Nahen Osten hat zu einer Gewalteskalation gegenüber der palästinensischen Bevölkerung – im Besonderen in Gaza – und zu einer humanitären Katastrophe unerträglichen Ausmaßes geführt:

- Aktuell 45.000 getötete Menschen, 106.000 Verwundete, 11.000 Vermisste, tiefe Traumatisierung der Menschen, die immer wieder vertrieben werden.
- Ausreichende Nahrungsmittel, sauberes Wasser, Medikamente, Treibstoff und Strom werden der Bevölkerung von Gaza vorenthalten. Die UN spricht seit längerem von akuter Hungersnot und einem verheerenden medizinischen Notstand
- 90% der Infrastruktur in Gaza wurden schwer beschädigt oder zerstört.
- Es gibt zahlreiche Berichte über schwere Verwundungen der Zivilbevölkerung in Gaza, insbesondere von Kindern und Frauen, durch Einsätze des israelischen Militärs.

Die Pläne für eine systematische Vertreibung der palästinensischen Einwohner und eine Besiedelung durch radikale Siedler im Norden Gazas erfüllen uns mit Fassungslosigkeit und Entsetzen.

Gleichzeitig beobachten wir mit großer Sorge die zunehmenden völkerrechtswidrigen Übergriffe auf die palästinensische Bevölkerung durch Enteignung und Zerstörung von Seiten radikaler Siedler und Angehöriger der israelischen Armee im Westjordanland.

Die israelische Regierung unter Benjamin Netanyahu verfolgt inzwischen eine Politik, die auch die israelische Bevölkerung und die Sicherheit Israels gefährdet und das Land international isoliert. Das Leben der am 7. Oktober 2023 entführten Geiseln wird dabei permanent aufs Spiel gesetzt.

Wir fordern daher von der deutschen Bundesregierung, dem Bundestag und der Leitung des Auswärtigen Amtes:

- Die Rettung der Geiseln als humanitäre und politische Priorität zu behandeln
- Einstellung aller Waffenlieferungen, die völkerrechtswidrig in Gaza oder im Westjordanland eingesetzt werden, wie auch bereits in anderen europäischen Staaten praktiziert
- Wirksamen Druck auf die israelische Regierung, um die Blockade humanitärer Hilfe zu beenden und darüber hinaus die Versorgung der palästinensischen Bevölkerung sicherzustellen.
- Eine klare Positionierung und Maßnahmen gegen die illegale und zerstörerische Landnahme durch jüdische Siedler und Militärangehörige im Westjordanland.
- Eine weiterhin entschiedene Positionierung gegen die von Teilen der israelischen Regierung geplanten jüdischen Besiedlungen in (Nord) Gaza.

“Nie wieder” bedeutet nie wieder für alle Menschen!

Wir sind eine Gruppe politisch interessierter Menschen aus Hamburg, die sich seit vielen Jahren mit der politischen Situation im Nahen Osten beschäftigt und sich mit jüdischen und palästinensischen Menschen und ihren Schicksalen verbunden fühlt.

Susanne Beischer, Dipl. Psychologin
Regina Boiting, Dipl. Soziologin
Charlotte Bunsen, Therapeutin
Thomas Thielemann, Dokumentar
Michel Walz, Arzt

Dieser Brief geht gleichzeitig an deutsche Presseorgane.

E-Mail: tomthiele@aol.com